

Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel



Europabericht 03/2008  
vom 08.02.2008

**EUROPABERICHT NR.: 03/2008**  
Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

---

Geschäftsbereich      Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

**EP: WESENTLICHE ERGEBNISSE DER MINIPLENARSITZUNG VOM 30./31.01.2007 IN BRÜSSEL**

Das Plenum verabschiedete nach einer Debatte mit dem Hohen Vertreter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU *Javier Solana* eine Resolution zur Lage im Iran, in der insbesondere die Vorlage glaubhafter Informationen über das Atomprogramm durch den Iran eingefordert wurde. Zudem begrüßte das EP den Aktionsplan von Bali, verlangte aber weiter reichende Verpflichtungen aller beteiligten Parteien. Im Bereich Justiz und Inneres verurteilte das EP die Diskriminierung und Rassismus gegen Roma - Gemeinschaften.

Im gesetzgeberischen Bereich stimmte das EP in 2. Lesung in Übereinstimmung mit dem Rat dem Bericht des bayerischen Europaabgeordneten *Markus Ferber* zur vollständigen Öffnung der EU-Postmärkte zum 1. Januar 2011, bzw. ab 01.01.2013 für die neuen Mitgliedsstaaten sowie für Mitgliedsstaaten mit spezifischen geographischen Gegebenheiten, zu. Im Rahmen von Initiativberichten bezeichnete das EP die Verbesserung der Energieeffizienz um 20% bis 2020 als "voll und ganz erreichbar" und forderte bessere Karriereaussichten und Arbeitsbedingungen, einschließlich einer „Blue Card“, für Forscher in der EU.

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/tous\\_les\\_infopress/default/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/tous_les_infopress/default/default_de.htm)

**EU REFORMVERTRAG: RATIFIZIERUNGSPROZESS SCHREITET VORAN**

Nach Ungarn haben am 29.01.2008 Slowenien und Malta, sowie am 04.02.2008 Rumänien den Vertrag von Lissabon ratifiziert. Auch in Frankreich, das neben den Niederlanden den Verfassungsvertrag in einem Referendum 2005 abgelehnt hatte, stimmten die Nationalversammlung und der Senat am 07.02.2008 dem Vertrag zu, nachdem man sich am 04.02.2008 auf die notwendigen Verfassungsänderungen geeinigt hatte. Hingegen fordert die Opposition in der Slowakei, begünstigt durch eine Patt-Situation im Parlament, eine Volksabstimmung.

## **AUSSCHUSS DER REGIONEN: NEUWAHL DES PRÄSIDENTEN**

Turnusgemäß hat der Ausschuss der Regionen (AdR) zur Halbzeit der vierjährigen Mandatsperiode bis Februar 2010 am 06.02.2008 als neuen Präsidenten den derzeitigen 1. Vizepräsidenten *Luc van den Brande* (EVP/BE) als Nachfolger von *Michel Delebarre* (SPE/F) gewählt. Dieser wird 1. Vizepräsident.

[http://www.cor.europa.eu/de/press/press\\_08\\_02019.html](http://www.cor.europa.eu/de/press/press_08_02019.html)

## **BESSERE RECHTSETZUNG/BÜROKRATIEABBAU: 2. FORTSCHRITTSBERICHT DER KOMMISSION ZIEHT POSITIVE ZWISCHENBILANZ UND SCHLÄGT WEITERE MASSNAHMEN VOR**

Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* und Vizepräsident *Günter Verheugen* haben am 30.01.2008 im Rahmen des 2. Fortschrittsberichts zur Umsetzung der Strategie zur „besseren Rechtsetzung“ (s. EB 06/05 und 20/06) eine positive Bilanz mit Einsparungen von mehreren Milliarden Euro für Bürger und Unternehmen gezogen und weitere Maßnahmen angekündigt. Aus bayerischer Sicht von besonderem Interesse ist die Ankündigung der Kommission, im Rahmen der Gesetzesfolgenabschätzungen die Beachtung des Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzips stärker zu berücksichtigen.

Allgemeine Informationen zur „Besseren Gesetzgebung“:

[http://ec.europa.eu/enterprise/key\\_issues/better\\_regulation/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/key_issues/better_regulation/index_de.htm)

Weitere Informationen zum Vereinfachungsprogramm:

[http://ec.europa.eu/enterprise/regulation/better\\_regulation/simplification/intro.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/regulation/better_regulation/simplification/intro.htm)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/08/62&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Weitere Informationen zur Reduzierung von Verwaltungslasten:

[http://ec.europa.eu/enterprise/admin-burdens-reduction/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/admin-burdens-reduction/index_de.htm)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/08/63&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

## **BULGARIEN/RUMÄNIEN: KRITISCHER ZWISCHENBERICHT DER KOMMISSION WEGEN MANGELNDER FORTSCHRITTE**

Im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens wegen der Defizite insbesondere bei der Justizreform sowie der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität, das bei dem Beitritt von Bulgarien und Rumänien zum 01.01.2007 eingerichtet wurde, hat die Kommission am 04.02.2008 einen kritischen Zwischenbericht wegen mangelnder Fortschritte vorgelegt. Gleichzeitig machte sie jedoch deutlich, dass vor dem nächsten Fortschrittsbericht im Juni 2008

keine weiteren Schritte oder Sanktionen unternommen werden. Aus Sicht der Kommission ist nämlich seit dem letzten Bericht vom Juni 2007 (EB 12/07) nicht genug Zeit verstrichen. Bulgarien und Rumänien hätten daher nicht alle Mängel beseitigen können.

[http://ec.europa.eu/dgs/secretariat\\_general/cvm/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/cvm/index_en.htm)

### **SERBIEN: UNTERZEICHNUNG VON INTERIMABKOMMEN VERSCHOBEN**

Im Vorfeld der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen in Serbien hatte der Rat für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen am 28.01.2008 Serbien angeboten, anstatt eines Stabilisierungs- und Assoziationsabkommens (SAA) ein Interimabkommen über Handelserleichterungen, eine Visaliberalisierung und weitere Kooperationen im Bereich Bildung zu unterzeichnen. Wegen des Widerstandes von Ministerpräsident *Vojislav Kostunica* musste die für den 07.02.2008 vorgesehene Unterzeichnung jedoch verschoben werden. Das Angebot der EU gilt jedoch weiter.

Geschäftsbereich      Staatsministerium des Inneren

### **INFORMELLER RAT JUSTIZ UND INNERES: INNENPOLITIK**

Am 25./26.01.2008 fand der erste Informelle Rat unter slowenischer Präsidentschaft statt.

1. Arbeitsaufnahme von SIS II erfolgt später und schrittweise
2. Verstärkte Kooperation bei der Asylpolitik angestrebt
3. Unterstützung für PNR-Vorschlag und enge Kooperation mit dem EP
4. „Zukunftsgruppe“: Abschlussbericht beim Informellen Rat im Juli
5. Frattini kündigt Initiativen für verstärkten Außengrenzschutz an

### **GRENZKONTROLLEN ZUR SCHWEIZ SOLLEN IM NOVEMBER FALLEN – BULGARIEN UND RUMÄNIEN STREBEN MÄRZ 2011 AN**

Die EU hat die Abkommen vom 25.10.2004 zur Assoziierung der Schweiz bei der Schengen-Zusammenarbeit und bei der Festlegung der Zuständigkeit für die Prüfung von Asylanträgen ratifiziert. Das Schweizer Volk hatte die Abkommen am 05.06.2005 gebilligt. Damit kann die Evaluierung der Schengentauglichkeit der Schweiz beginnen. Die Grenzkontrollen sollen bei Erfüllung aller Voraussetzungen zum 01.11.2008 aufgehoben werden. Die Innenminister Bulgariens und Rumäniens wollen die Aufhebung der Grenzkontrollen am 01.03.2011 erreichen.

## **EP, RAT UND KOMMISSION WOLLEN PRIORITÄTEN VEREINBAREN – KEINE EP-BLOCKADE VON RECHTSAKTEN IN DER DRITTEN SÄULE**

Bei Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon ändern sich die Entscheidungsverfahren im Bereich Justiz und Inneres erheblich. Das Europäische Parlament, der Ministerrat und die Europäische Kommission wollen daher gemeinsam Prioritäten für die Übergangszeit 2008/2009 festlegen. Der neue Innenausschussvorsitzende *Deprez* machte deutlich, dass das EP keine Blockade wichtiger Dossiers anstrebt.

## **KOMMISSION BEANSTANDET NEUEN GLÜCKSPIELSTAATSVERTRAG**

Die Kommission hat ein Auskunftersuchen an Deutschland über den zum 01.01.2008 in Kraft getretenen Glücksspielstaatsvertrag gerichtet. Die Kommission betont Ihre Hoffnung, die Angelegenheit rasch und befriedigend beilegen zu können.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/119&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## **DEUTSCHER FEUERWEHRVERBAND ERÖFFNET BÜRO IN BRÜSSEL**

Der Deutsche Feuerwehrverband hat eine Vertretung der deutschen Feuerwehren bei der EU eröffnet. Präsident *Kröger* betonte, der DFV wolle sich um den Aufbau von Netzwerken, Informationsgewinnung, Vermittlung der Besonderheiten im Brandschutz und die Beratung der Deutschen Feuerwehren kümmern. Der DFV hat ein Büro in der hessischen Landesvertretung angemietet.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz

## **INFORMELLER JI-RAT VOM 25./26.1.2008 IN BRDO**

Der informelle Rat Inneres und Justiz behandelte am 25./26.1.2008 folgende Themen aus dem Bereich der Justiz- und Rechtspolitik:

1. E-Justiz
2. Anerkennungsfähigkeit von Abwesenheitsurteilen in Strafsachen
3. ROM III-VO und UnterhaltsVO

## **ZERP-STUDIE ZUM DIENSTLEISTUNGSMARKT IM BEREICH DES GRUNDSTÜCKsverKEHRS**

Am 29.1.2008 hat die Kommission die lange erwartete ZERP-Studie veröffentlicht, welche die Auswirkungen von Regulierungen der Freien Berufe auf die Effizienz und Leistungsfähigkeit für Rechtsdienstleistungen im Bereich des Grundstückverkehrs untersucht.

[http://ec.europa.eu/comm/competition/sectors/professional\\_services/studies/studies.html](http://ec.europa.eu/comm/competition/sectors/professional_services/studies/studies.html)

## **EUGH-URTEIL ZUM AUSKUNFTSANSPRUCH GEGEN INTERNETPROVIDER ZUR ZIVILRECHTLICHEN DURCHSETZUNG DES URHEBERRECHTS**

In seinem Urteil vom 29.1.2008 hat der EuGH in der Rs. C-275/06 (Promusicae ./ Telefónica) eine europarechtliche Verpflichtung der Mitgliedstaaten verneint, für einen effektiven Schutz des Urheberrechts personenbezogene Daten für die Durchführung von zivilrechtlichen Verfahren mitzuteilen.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-275/06&datefs=&datefe=&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-275/06&datefs=&datefe=&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100)

## **EU-KOMMISSION SCHAFFT EIN NEUES FORUM ZUR VERKNÜPFUNG BESTEHENDER NETZWERKE IN DER JUSTIZPOLITIK**

Die Kommission hat am 4.2.2008 eine Mitteilung über die Einrichtung eines Forums zur Erörterung der EU-Rechtspolitik und -praxis („Justiz-Forum“) veröffentlicht, das die Gesetzgebung in der Zivil- und Strafrechtspolitik verbessern soll.

## **EINFÜHRUNG EINES EILVORLAGEVERFAHRENS BEIM EUGH**

Der Gerichtshof hat am 16.1.2008 mit einer Änderung seiner Verfahrensordnung die Einführung eines Eilvorlageverfahrens in bestimmten Bereichen der justitiellen und polizeilichen Zusammenarbeit beschlossen; die Änderungen werden am 1.3.2008 in Kraft treten (ABl. vom 29.1.08, L 24, S. 39).

### **KOMMISSION LEITET VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN GEGEN DEUTSCHLAND IM BEREICH DER STEUERN EIN**

Die Kommission hat am 31. Januar 2008 mehrere Vertragsverletzungsverfahren im Bereich der Steuern eingeleitet bzw. verschärft, nämlich im Hinblick auf die Besteuerung von Dividenden und Zinszahlungen ausländischer Pensionsfonds, die Verweigerung der degressiven Afa für ausländische Immobilien, die Besteuerung nicht ansässiger Künstler, Journalisten und Sportler sowie die Besteuerung der Privatentnahmen von Grundstücken.

### **ÜBERWEISUNGEN IM EINHEITLICHEN EURO-ZAHLUNGS-VERKEHRSRAUM**

Am 28. Januar begrüßten EZB und Kommission den offiziellen Start von SEPA (= „Single Euro Payments Area“). Damit wurde das erste SEPA-Zahlungsinstrument für Überweisungen offiziell eingeführt. Aus diesem Anlass veröffentlichten EZB und Kommission Studien, wonach SEPA große Vorteile schaffen werde.

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/payments/sepa/ec\\_en.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/payments/sepa/ec_en.htm)

### **ABSTIMMUNG ÜBER DESIGN DER 2-EURO-GEDENKMÜNZE**

Die Kommission führt eine Abstimmung über das beste Motiv für eine Euro-Münze anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Wirtschafts- und Währungsunion durch.

<http://www.eurodesigncontest.eu/index.cfm?lang=de>

### **INTERNATIONALE RECHNUNGSTANDARDS UND GOVERNANCE DES IASB**

Der Wirtschafts- und Währungsausschuss des EP hat am 29. Januar 2008 den Bericht von MdEP *Radwan* (EVP-ED/D) über „Internationale Rechnungslegungsstandards (IFRS) und Governance des IASB“ verabschiedet (s. EB 18/07). Der Ausschuss kritisiert die mangelnde Transparenz und demokratische Legitimierung des IASB sowie die Diskussion um Rechnungslegungsstandards für KMU.

## **EUROPÄISCHES PARLAMENT BESCHLIEßT ÖFFNUNG DER EU-POSTMÄRKTE ZUM 1. JANUAR 2011**

Das Europäische Parlament hat in seiner Plenarsitzung am 31.01.2008 den mit dem Ministerrat ausgehandelten Kompromiss in 2. Lesung unverändert beschlossen. Damit werden die EU-Postmärkte zum 01.01.2011 vollständig geöffnet. Postdienstleister, die in einem Land tätig sind, in dem der Markt noch nicht liberalisiert ist, erhalten keinen Zugang zu bereits vollständig geöffneten Märkten. Die Richtlinie sieht einen sog. Universaldienst vor, der die flächendeckende Versorgung garantiert. Das nationale Arbeitsrecht sowie die Rechtsvorschriften über soziale Sicherheit bleiben von der Richtlinie unberührt. Zur Entwicklung siehe EB 2007/17, TOP II und EB 2007/22, TOP I.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0030+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## **INDUSTRIEAUSSCHUSS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS ENTSCHEIDET ÜBER GALILEO**

Der Industriausschuss des Europäischen Parlaments hat am 30.01.2008 für den Aufbau des europäischen Satellitennavigationssystems GALILEO gestimmt.

[http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004\\_2009/organes/itre/itre\\_20080129\\_0900.htm](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/organes/itre/itre_20080129_0900.htm)  
[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/057-19758-029-01-05-909-20080128IPR19732-29-01-2008-2008-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/057-19758-029-01-05-909-20080128IPR19732-29-01-2008-2008-false/default_de.htm)

## **VORSCHLAG SOG. „DRITTEN OPTION“ ZUR LIBERALISIERUNG DER ENERGIEMÄRKTE VORGELEGT**

Am 30.01.2008 haben acht Mitgliedstaaten (Deutschland, Frankreich, Österreich, Bulgarien, Luxemburg, Lettland und die Slowakei) einen Alternativvorschlag zur Entflechtung der Energiekonzerne vorgelegt. Statt einer eigentumsrechtlichen Teilung sieht die sog. „dritte Option“ eine verschärfte rechtliche Trennung des Netzbetriebs von der Erzeugungsebene vor.

<http://www.euractiv.com/ndbtext/press/3rdoptionletter.pdf>  
[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/052-19761-029-01-05-909-20080128IPR19736-29-01-2008-2008-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/052-19761-029-01-05-909-20080128IPR19736-29-01-2008-2008-false/default_de.htm)

### **KOMMISSION GENEHMIGT BEIHILFE FÜR QIMONDA**

Die Europäische Kommission hat am 31.01.2008 eine Beihilfe in Höhe von 165,6 Mill. € für den Neubau und die Modernisierung von Produktionsanlagen für die Mikrochip-Fertigung bei Qimonda (Infineon-Tochter) in Dresden genehmigt. Die beantragte regionale Beihilfe sei mit dem EU-Wettbewerbsrecht vereinbar.

### **KOMMISSION VERÖFFENTLICHT 2. AUFRUF ZUR EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN IM PROGRAMM „MARCO POLO II“**

Die Europäische Kommission hat am 04.02.2008 den 2. Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen für die Einrichtung und Modernisierung von Güterverkehrsdiensten veröffentlicht. Mit den Projektvorschlägen sollen Staus auf europäischen Straßen vermieden und die Umweltfreundlichkeit des Güterverkehrssystems verbessert werden. Der Haushalt für 2008 ist mit 59 Mill. € dotiert (Vorjahr: 58 Mill. €). Frist zur Einreichung der Vorschläge ist der 7. April 2008.

[http://ec.europa.eu/transport/marcopolo/guide\\_proposers/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/transport/marcopolo/guide_proposers/index_en.htm)

### **KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZUM INHALT DER GEPLANTEN EUROPÄISCHEN REGELUNG FÜR KLEINE UNTERNEHMEN**

Die Europäische Kommission hat am 31.01.2008 eine öffentliche Konsultation zum Inhalt der geplanten europäischen Regelung für kleine Unternehmen (sog. „Small Business Act“ - SBA) eingeleitet. Damit sollen kleinere und mittlere Unternehmen besser bei der Entscheidungsfindung in der EU berücksichtigt werden sowie konkrete Maßnahmen zur Nutzung des Wachstumspotenzials von KMU ergriffen werden. Dazu gehören auch Initiativen zur Verringerung der Belastung von KMU durch Vorschriften sowie zur Erleichterung des Zugangs zum Binnenmarkt und zu öffentlichen Aufträgen. Stellungnahmen können bis zum 31.03.2008 eingereicht werden.

[http://ec.europa.eu/enterprise/sme/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/sme/index_de.htm)

[http://ec.europa.eu/enterprise/entrepreneurship/sba\\_en.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/entrepreneurship/sba_en.htm)

### **KONSULTATION ZU STRATEGIE FÜR ROHSTOFFVERSORGUNG**

Die Europäische Kommission hat am 24.01.2008 eine Konsultation für eine Strategie zur sicheren Versorgung der europäischen verarbeitenden Industrie mit Rohstoffen gestartet. Eine darauf basierende Mitteilung soll in der zweiten Hälfte 2008 vorgelegt werden. Stellungnahmen können bis zum 24.03.2008 eingereicht werden.

[http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/itemlongdetail.cfm?item\\_id=1249](http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/itemlongdetail.cfm?item_id=1249)

## **WEBSITE MIT INFORMATIONEN ZU DIENSTLEISTUNGEN VON ALLGEMEINEM INTERESSE ONLINE**

Die Kommission hatte am 20.11.2007 in ihrer Mitteilung über Sozialdienstleistungen und sonstigen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse die Einrichtung eines interaktiven Informationsdienstes angekündigt. Dieser soll sich mit Fragen befassen, die die Anwendung des EU-Rechts auf Dienstleistungen von allgemeinem Interesse betreffen. Hierzu gibt die Website die Möglichkeit Fragen zur Anwendung des EU-Rechts durch ausfüllen eines Online-Formulars direkt an die Kommission zu richten. Die Website enthält aber auch eine Rubrik „Fragen und Antworten“, die Antworten auf häufig gestellte Fragen geben soll. Sie soll regelmäßig aktualisiert werden.

[HTTP://EC.EUROPA.EU/SERVICES\\_GENERAL\\_INTEREST/INDEX\\_DE.HTM](http://ec.europa.eu/services_general_interest/index_de.htm)

Geschäftsbereich Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten

## **BEIHILFEN FÜR FLACHS UND HANF UM EIN JAHR VERLÄNGERT**

Die Europäische Kommission schlug am 29.01.2009 vor, dass die bestehende Beihilfe für die Herstellung von Flachs und Hanf im Geschäftsjahr 2008/2009 (Beginn 1. Juli 2008) verlängert wird. Die Kommission begründet ihren Vorschlag damit, dass eine endgültige Entscheidung erst ab dem darauf folgenden Geschäftsjahr im Rahmen des politischen Rückblicks zum Health Check getroffen werden kann. Im Rahmen des Health Check wird unter anderem die Änderung der Regelung für Flachs und Hanf behandelt.

<http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/en/282.htm>

## **VORSCHLAG ZUR WEITERFINANZIERUNG DES GEMEINSCHAFTLICHEN TABAKFONDS**

Am 04.02.2008 hat die Kommission vorgeschlagen, die Finanzierung des gemeinschaftlichen Tabakfonds um zwei weitere Jahre zu verlängern. Der Tabakfonds finanziert Informationskampagnen zu den schädlichen Auswirkungen des Rauchens. Diesem Fonds werden 5 % der pro Jahr für Direktzahlungen an die Tabakerzeuger bestimmten Haushaltsmittel zugeführt. Dem Tabakfonds könnte damit jährlich bis zu 16,897 Mio. EUR zur Verfügung stehen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/178&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

**KOMMISSION PLANT EIN GEMEINSAMES EUROPÄISCHES  
UMWELTINFORMATIONSSYSTEM - SEIS**

Die Europäische Kommission hat am 05. Februar 2008 Planungen zur Schaffung eines Gemeinsamen Europäischen Umweltinformationssystems (SEIS, Shared Environmental Information System) vorgestellt. Durch SEIS sollen vorhandene umweltrelevante Daten EU-weit in Datenbanken gespeichert, virtuell verknüpft und untereinander kompatibel gemacht werden. Mit Hilfe von Internet und Satellitentechnologie sollen die Datensätze verknüpft, die anfallenden Informationsflüsse vereinfacht und die Daten der Öffentlichkeit in leicht verständlicher Form zugänglich gemacht werden. Unter umweltrelevanten Daten sind in diesem Kontext medienübergreifend alle Informationen zu verstehen, die direkten oder indirekten Bezug zur Umwelt haben. Die Europäische Kommission plant im Laufe des Jahres 2008, einen genauen Plan zur Einführung von SEIS vorzulegen.

<http://europa.eu./rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/185&format=PDF&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Siehe hierzu in diesem Europabericht den Beitrag aus dem Geschäftsbereich des StMUGV.

**REDE FISCHER BOELS ZUM HEALTH CHECK IN DUBLIN**

Kommissarin Fischer Boel äußerte sich am 29.01.2008 in Dublin erneut zum Health Check. Im Mittelpunkt standen Aussagen zur Marktliberalisierung, Herausforderungen für die Zukunft sowie die obligatorische Modulation. Bezüglich Cross Compliance sprach sie sich für die Einbeziehung von Maßstäben aus, die bisher nicht integriert waren, insbesondere die Einbeziehung der Wasserwirtschaft.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/08/45&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

**AUSSCHUSS FÜR LANDWIRTSCHAFT UND LÄNDLICHE ENTWICKLUNG IM  
EUROPÄISCHEN PARLAMENT DEBATTIERT ÜBER ERHÖHUNG DER MILCHQUOTE UM  
2 %**

Die Berichterstatterin für den Vorschlag der Kommission zur Erhöhung der Milchquote um 2 % ab April 2008, MdEP Elisabeth Jeggle, stellte am 29.01.2008 ihren Bericht im Agrarausschuss des Europäischen Parlaments vor. Die Mehrzahl der Parlamentarier sprach sich für die Quotenerhöhung aus.

**INFORMELLER SOZIALMINISTERRAT: EXPERTENGRUPPE ZUR UNTERSUCHUNG DER UMSETZUNG VON FLEXICURITY-GRUNDSÄTZEN**

Der Flexicurity-Ansatz, insbesondere unter Berücksichtigung der Integration von Jugendlichen und älteren Arbeitnehmern in den Arbeitsmarkt sowie der Gleichstellung der Geschlechter, stand im Mittelpunkt der informellen Ratstagung der Beschäftigungs- und Sozialminister am 1. Februar 2008 im slowenischen Brdo. Die Kommission kündigte die Einsetzung einer Expertengruppe zur Untersuchung der Umsetzung der Flexicurity-Grundsätze in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten an. [http://www.eu2008.si/en/News\\_and\\_Documents/Press\\_Releases/February/0201EPSCO\\_Cotman.html](http://www.eu2008.si/en/News_and_Documents/Press_Releases/February/0201EPSCO_Cotman.html)

**ALLGEMEINES GLEICHBEHANDLUNGSGESETZ: KOMMISSION ERÖFFNET VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN GEGEN DEUTSCHLAND**

Die Europäische Kommission hat am 31. Januar 2008 mit einer so genannten förmlichen Aufforderung die erste Stufe eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen Deutschland wegen der Umsetzung der Rahmen-Richtlinie Beschäftigung (2000/78/EG) durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) eingeleitet. Nach Auffassung der Kommission seien durch das deutsche Recht Entlassungen nicht abgedeckt und Menschen mit Behinderungen unzureichend geschützt. Zudem wurde die Frist von zwei Monaten für eine Beschwerde als zu kurz beanstandet.

[http://ec.europa.eu/employment\\_social/emplweb/news/news\\_de.cfm?id=356](http://ec.europa.eu/employment_social/emplweb/news/news_de.cfm?id=356)

**STUDIE: BETREUUNG VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNG IN EINRICHTUNGEN IN DER EU TEILWEISE UNZUREICHEND**

Nach einer von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen Studie wird die Betreuung von Menschen mit Behinderung in Einrichtungen in Europa teilweise den gebotenen Standards nicht gerecht. Der Erhebung zufolge sei die Betreuung in Einrichtungen „oftmals von unannehmbaren schlechter Qualität“. Die Lebensbedingungen stellten bisweilen einen Verstoß gegen international anerkannte Menschenrechtsstandards dar. In dem Bericht wird empfohlen, vermehrt gemeindenahere Dienste hoher Qualität einzusetzen, die bei guter Ausstattung den Menschen mehr Lebensqualität bieten könnten.

[http://ec.europa.eu/employment\\_social/emplweb/news/news\\_de.cfm?id=353](http://ec.europa.eu/employment_social/emplweb/news/news_de.cfm?id=353)

## **EUGH: URLAUBSANSPRUCH BLEIBT SCHLUSSANTRAG ZUFOLGE BEI KRANKHEIT DES ARBEITNEHMERS BESTEHEN**

Einem Arbeitnehmer, der den ihm zustehenden Urlaub wegen Erkrankung nicht nehmen konnte, muss dieser zu einem späteren Zeitpunkt gewährt werden. Dies geht aus dem am 24. Januar 2008 vorgelegten Schlussantrag von EuGH-Generalanwältin Verica Trstenjak hervor. Eine Regelung wie im deutschen Recht, nach der der Urlaubsanspruch nach dem dritten Monat des folgenden Kalenderjahrs verfällt, sei in diesem Fall unvereinbar mit der EU-Arbeitszeitrichtlinie (Rechtssache C-350/06).

<http://curia.europa.eu/de/content/juris/index.htm>

## **APOTHEKENRECHT: VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN IN BEZUG AUF DEUTSCHES MEHRBESITZVERBOT EINGELEITET**

Die Europäische Kommission hat gegen die Bundesregierung die erste Stufe eines Vertragsverletzungsverfahrens im Bezug auf das so genannte „Mehrbesitzverbot“ im deutschen Apothekenrecht eingeleitet. Wettbewerbskommissar Charlie McCreevy sieht in der deutschen Regelung, nach der ein Apotheker nur bis zu vier Apotheken führen darf, einen Verstoß gegen das EU-Gemeinschaftsrecht. Im Rahmen eines Anhörungsverfahrens hat die Bundesregierung zwei Monate Zeit für eine Stellungnahme (s. auch Beitrag aus dem Geschäftsbereich des StMUGV in diesem EB).

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

## **FORSCHUNG: MONTENEGRO UNTERZEICHNET VEREINBARUNG ZUM 7. FORSCHUNGSRAHMENPROGRAMM (7. FRP – 2007-2013)**

Montenegro hat eine Vereinbarung zum 7. Forschungsrahmenprogramm der EU unterzeichnet, wodurch seine Forscher künftig an allen Aufrufen zur Einreichung von Vorschlägen teilnehmen und sich auf gleicher Augenhöhe mit Wissenschaftlern aus Europa um Fördermittel bewerben können. Die Teilnahme an den Rahmenprogrammen der EU und die Integration in den Europäischen Forschungsraum sind eine Priorität der Wissenschafts- und Technologiestrategie von Montenegro.

**GEMEINSAME TECHNOLOGIEINITIATIVEN – GTI – IM 7.  
FORSCHUNGSRAHMENPROGRAMM**

„ARTEMIS“, die Gemeinsame Technologieinitiative (GTI) im Bereich Advanced Research and Technology for Embedded Intelligence and Systems, plant eine erste Ausschreibung im April 2008. Auch die gemeinsame Technologieinitiative (GTI) „Clean Sky“ im Bereich Luftfahrt will in Kürze einen ersten Aufruf für Projektanträge veröffentlichen, um zur Entwicklung einer neuen Generation umweltfreundlicherer und effizienterer Flugzeuge beizutragen

**EUROPÄISCHES TECHNOLOGIEINSTITUT – KOM VERÖFFENTLICHT DIE NAMEN DES IDENTIFIKATIONSKOMITEES FÜR DEN VERWALTUNGSRAT**

Der für Bildung und Kultur zuständige EU-Kommissar *Ján Figel* hat am 05.02.2008 die Liste der Namen der Mitglieder des Identifikationskomitees für die Auswahl des künftigen Verwaltungsrats (Governing Board) des ETI veröffentlicht.

Es sind dies: *Professor Günter Stock*, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, *Professor Miklos Boda*, Budapester Universität für Technologie und Wirtschaft, *Cecilia Schelin Seidgård*, Königliche Technische Universität Stockholm sowie *Professor Ronan Stéphan*, Direktor für industrielle Angelegenheiten und Technologietransfer der französischen CNRS.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

**EU-KOMMISSION LEGT RICHTLINIE ÜBER DIE SICHERHEIT VON SPIELZEUG VOR**

Die Europäische Kommission hat am 25. Januar im schriftlichen Verfahren den lange erwarteten Vorschlag für eine Richtlinie über die Sicherheit von Spielzeug vorgelegt. Die Richtlinie legt die Sicherheitsanforderungen sowie Kontrollverantwortung von Herstellern und Importeuren fest und sieht verstärkte Kontrollen durch die Marktüberwachungsbehörden vor. Die vorgesehene Regelung zur CE-Kennzeichnung ist aus bayerischer Sicht nicht ausreichend und kann das deutsche GS-Zeichen (Geprüfte Sicherheit) nicht ersetzen.

[http://ec.europa.eu/enterprise/toys/documents/com\\_2008\\_0009\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/enterprise/toys/documents/com_2008_0009_de.pdf)

## **EU-KOMMISSION LEGT VERORDNUNG ZU LEBENSMITTEL- UND NÄHRWERTKENNZEICHNUNG VOR**

Die Europäische Kommission hat am 30. Januar 2008 einen Vorschlag für eine Verordnung zur Lebensmittel- und Nährwertkennzeichnung vorgelegt. Informationen zur Nährwertkennzeichnung werden danach verpflichtend und sollen, ebenso wie die Regelung zur besseren Lesbarkeit und zur Allergen-Kennzeichnung, den Verbraucherschutz stärken. Eine sog. „Ampel-Kennzeichnung“ wird es nicht geben.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/112&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

## **APOTHEKENRECHT: VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN IN BEZUG AUF DEUTSCHES MEHRBESITZVERBOT EINGELEITET**

Die Europäische Kommission hat gegen die Bundesregierung die erste Stufe eines Vertragsverletzungsverfahrens im Bezug auf das sog. „Mehrbesitzverbot“ im deutschen Apothekenrecht eingeleitet. Wettbewerbskommissar *Charlie McCreevy* sieht in der deutschen Regelung, nach der ein Apotheker nur bis zu vier Apotheken führen darf, einen Verstoß gegen das EU-Gemeinschaftsrecht. Im Rahmen eines Anhörungsverfahrens hat die Bundesregierung nun zwei Monate Zeit für eine Stellungnahme.

## **VORSCHLAG EINER VERORDNUNG ÜBER KOSMETISCHE MITTEL**

Die Europäische Kommission hat am 05.02.2008 einen Vorschlag einer Verordnung über kosmetische Mittel (KOM(2008) 49 - 2008/025 (COD)) vorgelegt. Diese soll das umfangreiche europäische Recht für Kosmetika vereinfachen, die Produktsicherheit erhöhen und gleichzeitig die Kosten für Unternehmen senken.

[http://ec.europa.eu/enterprise/cosmetics/html/cosm\\_simpl\\_dir\\_de.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/cosmetics/html/cosm_simpl_dir_de.htm)

[http://ec.europa.eu/enterprise/cosmetics/doc/com\\_2008\\_49/com\\_2008\\_49\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/enterprise/cosmetics/doc/com_2008_49/com_2008_49_de.pdf)

## **VERBRAUCHERANZEIGER - KOMMISSION STARTET NEUES SYSTEM ZUR BEOBACHTUNG VON VERBRAUCHERMÄRKTEN**

Am 31.01.2008 gab Verbraucherschutz-Kommissarin *Meglana Kuneva* den Start eines neuen Systems zur Beobachtung von Verbrauchermärkten bekannt. Der sog. „Verbraucheranzeiger“ (Consumer Market Watch) soll Verbraucher u. a. in die Lage versetzen, die Preise von Produkten in den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten auf einfache Weise zu vergleichen und Hinweise auf

mögliche Marktstörungen liefern. Die erforderlichen Daten sollen vom EU-Statistikamt Eurostat und Verbraucherschutzorganisationen bereit gestellt werden.

[http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/staff\\_working\\_document\\_scoreboard.pdf](http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/staff_working_document_scoreboard.pdf)

<http://ec.europa.eu/consumers/strategy/index-en.htm>

## **KOMMISSION PLANT EIN GEMEINSAMES EUROPÄISCHES UMWELTINFORMATIONSSYSTEM - SEIS**

Die Europäische Kommission hat am 05. Februar 2008 Planungen zur Schaffung eines Gemeinsamen Europäischen Umweltinformationssystems (SEIS, Shared Environmental Information System) vorgestellt. Durch SEIS sollen vorhandene umweltrelevante Daten EU-weit in Datenbanken gespeichert, virtuell verknüpft und untereinander kompatibel gemacht werden. Mit Hilfe von Internet und Satellitentechnologie sollen die Datensätze verknüpft, die anfallenden Informationsflüsse vereinfacht und die Daten der Öffentlichkeit in leicht verständlicher Form zugänglich gemacht werden. Unter umweltrelevanten Daten sind in diesem Kontext medienübergreifend alle Informationen zu verstehen, die direkten oder indirekten Bezug zur Umwelt haben. Die Kommission plant im Laufe des Jahres 2008, einen genauen Plan zur Einführung von SEIS vorzulegen.

<http://europa.eu./rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/185&format=PDF&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## **EUROPÄISCHE WOCHE DER NACHHALTIGEN ENERGIE – EUSEW 2008**

Vom 28. Januar bis 01. Februar 2008 fand in Brüssel unter dem Motto „Nimm Dir eine Woche Zeit, die Zukunft zu ändern“ die zweite „Europäische Woche der nachhaltigen Energie“ (EUSEW 2008, European Sustainable Energy Week) statt. Die EUSEW 2008 wurde von der Kommission, den europäischen Institutionen, der slowenischen Präsidentschaft und einer Vielzahl von öffentlichen und privaten Gruppen organisiert.

<http://www.eusew.eu>

## **VORSCHLAG ZUR WEITERFINANZIERUNG DES GEMEINSCHAFTLICHEN TABAKFONDS**

Am 04. Februar 2008 hat die Kommission vorgeschlagen, die Finanzierung des gemeinschaftlichen Tabakfonds um zwei weitere Jahre zu verlängern. Der Tabakfonds finanziert Informationskampagnen zu den schädlichen Auswirkungen des Rauchens. Diesem Fonds werden 5 % der pro Jahr für Direktzahlungen an die Tabakerzeuger bestimmten Haushaltsmittel

zugeführt. Dem Tabakfonds könnten damit jährlich bis zu 16,897 Mio. EUR zur Verfügung stehen (s. hierzu Beitrag des StMLF in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/178&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich      IuK- und Medienpolitik

### **REFORM DES RECHTSRAHMENS TELEKOMMUNIKATION – MÜNCHNER INSTITUT FÜR RUNDFUNKTECHNIK ZEIGT IN BRÜSSEL MÖGLICHKEITEN UND TECHNISCHE GRENZEN DES KOMMISSIONSVORSCHLAGS**

Auf Einladung der Vertretung des Freistaates Bayern bei der Europäischen Union informierten die Forscher des Instituts für Rundfunktechnik am 31. Januar 2008 in Brüssel über aktuelle Technikrends und die daraus resultierenden Konsequenzen für den Rundfunk von morgen.

Staatsminister Sinner, der zugleich Europabeauftragter der deutschen Länder in Medienangelegenheiten ist, betonte in diesem Zusammenhang, dass die Präsentation des Instituts die Haltung der deutschen Länder bestätige, dass die Entscheidung über die Frequenzuteilungen am besten auf mitgliedstaatlicher Ebene angesiedelt sei.

### **REFORM DES RECHTSRAHMENS TELEKOMMUNIKATION – ZURÜCK-HALTENDE REAKTIONEN BEI ERSTER PARLAMENTARISCHER ANHÖRUNG**

In einer ersten öffentlichen Anhörung im Industrieausschuss am 29. Januar haben Mitglieder des Europäischen Parlaments z. T. erhebliche Bedenken gegen wichtige Elemente des von der Kommission vorgelegten Pakets zur Reform des Rechtsrahmens Telekommunikation zum Ausdruck gebracht. Im Zentrum der fraktionsübergreifenden Kritik standen die sog. funktionale Trennung sowie die Schaffung einer neuen EU-Regulierungsbehörde.

### **KOMMISSION FORDERT STELLUNGNAHME ÖSTERREICHS ZUR FINANZIERUNG DES ORF**

Die Europäische Kommission hat im Rahmen eines Beihilfeverfahrens Österreich um Stellungnahme zum System der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Senders ORF gebeten. Vorausgegangen waren mehrere Beschwerden privater Konkurrenten. Nach erster Prüfung war die Kommission zu dem Schluss gelangt, dass das derzeitige Finanzierungssystem nicht mehr mit den EU-Beihilfevorschriften im Einklang steht.

**EUGH: DATEN VON INTERNETUSERN MÜSSEN IN ZIVILGERICHTLICHEN VERFAHREN  
UM ILLEGALES DOWNLOADEN NICHT OFFEN GELEGT WERDEN**

Siehe hierzu in diesem Europabericht den Beitrag aus dem Geschäftsbereich des StMJ.

**EUGH BEZEICHNET ITALIENISCHES SYSTEM DER ZUTEILUNG VON  
RUNDFUNKFREQUENZEN ALS DISKRIMINIEREND**

Der EuGH entschied in der Rechtssache Centro Europa 7, mit Urteil vom 31. Januar 2008, dass das italienische System der Zuteilung von Funkfrequenzen für den Rundfunk, bei dem aktuelle Frequenzinhaber mit sehr starkem Bestandschutz ausgestattet sind, diskriminierend und nicht mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar ist. Medienkommissarin Reding begrüßte den Richterspruch ausdrücklich.

**KOMMISSARIN REDING KÜNDIGT ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG ZUM  
KINDERSCHUTZ IM INTERNET UND DEN NEUEN MEDIEN AN**

Am 27. Februar wird die EU-Medienkommissarin Viviane Reding in der Kommission einen neuen Vorschlag für eine Entscheidung des Parlaments und des Rates für ein Programm zum Schutz von Kindern bei der Nutzung des Internets und Neuer Medien vorstellen.